

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge
am 3. September 1924

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge
am 3. September 1924

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100.

Nr. 206

Mittwoch, den 3. September 1924

19. Jahrgang

Die neue Völkerbundtagung.

Bestern ist der Völkerbund in Genf zu seiner jährlichen Vollversammlung zusammengetreten. Grund genug sich mit den Fragen, die er diesmal behandeln wird und auch mit Deutschlands Stellung zu der ganzen Institution zu beschäftigen.

Wir wollen dabei nicht ausgehen von der Stimmung die in den breitesten Kreisen des deutschen Volkes bisher gegenüber dem Völkerbund besteht; sie ist gewiß berechtigt denn Deutschland hat von ihm noch nicht viel Gutes erfahren, was an sich bei einem Kinde des Völkerbundes erfahren werden dürfte. Trotzdem ist auch ihm gegenüber die rein menschliche Einstellung falsch. Gestimmt ist in der Politik immer falsch.

Wir wollen vielmehr den Völkerbund und seine Arbeit und unser Verhältnis zu ihm rein sachlich betrachten. Dabei handelt es sich zwar im Augenblick nicht um die Frage des deutschen Beitritts, aber sie steht doch im Hintergrunde. Ein deutsches Einverständnis um Aufnahme wurde bisher nicht gestellt. Einmal, weil die Aufnahme eines neuen Mitgliedes einmütig erfolgen muß und Deutschland sich natürlich eine Ablehnung holen will, wie unter der Ära Poincaré sich r gewesen wäre, obwohl die getreuen Verbündeten desselben Frankreich sich für Deutschlands Aufnahme ausgesprochen haben, so der tschechische Ministerpräsident. Denn wer an eine fruchtbare Zukunft des Völkerbundes glaubt weiß daß der Beitritt Deutschlands und Russlands die maßgebenden Voraussetzungen sind. Es wird sehr wesentlich sein, wie sich der französische Ministerpräsident Herriot auf der kommenden Tagung äußert; davon wird zu einem Teile Deutschlands Politik abhängen. Zum zweiten ist für unsere aufkunftige Haltung bestimmend, daß Deutschland die Forderung stellen und über ihre Annahme im Bewußtsein sein muß, einen ständigen Sitz im Rate des Völkerbundes zu erhalten. Eine Bedingung die Russland ebenso stellen wird. Nun geht aus Pressemeldungen hervor daß der englische Vertreter im Völkerbundsrat Lord Parmoor den Antrag stellen will, die Zahl der ständigen Sitze von vier auf sechs zu vermehren. Damit wäre und das ist natürlich die Absicht für Deutschland die Tür aufgemacht.

Allerdings ist die Frage ob nicht andere Entscheidungen diese wieder zuschlagen. Der Völkerbund wird sich mit der Frage der Kontrolle der Abrüstung der Staaten beschäftigen, die nach Friedensverträgen zur Abrüstung verpflichtet sind. Zunächst sollen allerdings Entscheidungen betreffend Deutschland nicht getroffen werden, weil die Kontrolle dem Völkerbund noch nicht übertragen ist. Nun hängt diese Frage aufs engste zusammen mit der weiteren, der Sicherung in diesem Falle der Forderungen die Frankreich stellt in Bezug auf seine eigene, wie es meint von etwaigen geheimen deutschen Rüstungen bedrohte Sicherheit. Diese Frage ist nach einer Seite hin heikel für Deutschland denn es ist für uns selbstverständlich, ganz unmissverständlich eine Regelung zuzustimmen, die Deutschlands Souveränitätsrechte schmälert, wenn nicht die seiner Nachbarn in genau derselben Weise beschnitten werden. Nun hat der Engländer Spears einen Plan ausgearbeitet, nach dem eine internationale Truppe ständig im Rheinland und zwar in den Brückenköpfen Mainz, Koblenz und Koblenz stationiert werden soll, um die deutsche Abrüstung in diesen Gebieten zu überwachen und dafür zu sorgen, daß Deutschland dort keine Truppen hält. Derselbe Vorschlag will Frankreich nur dazu verpflichten, 10 Kilometer von seiner Grenze ab keine Truppen zu halten. Diese Auflage an Frankreich ist militärisch im Zeitalter der Flugzeuge und der weittragenden Geschütze ganz wertlos. Soweit er Deutschland betrifft ist er unannehmbar, da er einseitig unsere Souveränität beeinträchtigt. Der Vizepräsident Prof. Luidke hat das Verdienst, diesen Vorschlag öffentlich bekämpft zu haben.

Hinter der Frage der Sicherheit in diesem Falle des deutsch-französischen Verhältnisses steht die der allgemeinen Sicherheit, die wieder mit der der Abrüstung verbunden ist. Auch diese ganzen Probleme werden besprochen werden. Der Völkerbundstagung liegt ein Entwurf eines Garantievertrages vor der allen Mächten, nicht nur den Mitgliedern des Bundes zur Neuerung vorgelegt worden ist. Sie haben ihn alle abgelehnt, denn er trägt den Stempel Poincaréscher Dogmatisierung an der Stirn. Nach diesem Vorschlag soll es den einzelnen Mächten erlaubt werden unter sich Schutzverträge abzuschließen, in denen natürlich auch von der gegenseitigen Hilfe im Ernstfall die Rede sein kann, mit anderen Worten, von gegenseitiger militärischer Unterstützung im Kriegsfall. Nun sind solche Verträge nach bisherigen Schemata des Völkerbundes nur möglich wenn sie lediglich zur Verteidigung geschlossen sind. Im ganzen genommen laufen diese Verhandlungen

abkommen fraglos darauf hinaus, daß neue militärisch-politische Blöcke in Europa und vielleicht auch in anderen Erdteilen aufgerichtet werden würden. — So beurteilt sie der Vizepräsident Prof. Schilling in seiner lesenswerten kleinen Schrift (Garantiepaß und Rüstungsbeschränkung).

Nach der Lage der Dinge wird man damit rechnen können, daß dieser Entwurf vor den Augen der Völkerbundversammlung nicht Gnade finden wird. Der englische Premierminister MacDonald hat die Absicht, in Genf persönlich die entscheidende Frage aller Völkerbundspolitik, nämlich die der Abrüstung zur Sprache zu bringen. Deutschland ist an ihr natürlich sehr interessiert, denn Deutschland hat abgerüstet und befindet sich machtpolitisch in der ungünstigsten Lage, solange nicht auch die anderen Mächte, vor allem seine Nachbarn, ihrerseits abrüsten.

Nach dem Ergebnis der ersten Abrüstungskonferenz die einen Erfolg gehabt hat, der in Washington über die Seerüstungen, wird an eine positive Lösung dieser Frage nur dann herangegangen werden können, wenn man davon ausgeht, daß die Rüstungen der einzelnen Staaten nach ihrer Größe und der Zahl ihrer Nachbarn in ein bestimmtes Verhältnis gesetzt werden. Ob die Besprechungen in Genf in dieser Richtung auch nur

aufünftigen Abmachungen den Weg bahnen werden bleibt abzuwarten.

Man soll von dieser Tagung nicht zu viel erwarten, man soll aber auch die ganze Arbeit des Völkerbundes nicht einfach mit einem Nicken abtun. Wir wollen die Fehler, die das Kaiserliche Deutschland auf den Abrüstungskonferenzen im Haag beging, nicht wiederholen. Wir haben überdies, worauf hinzuweisen sehr notwendig ist am Völkerbund in einer Hinsicht mehr Interesse, als die meisten anderen Nationen. Der Völkerbund hat sich schon lange vollauf verdient gemacht, den Schutz der nationalen Minderheiten selbst Regieren aufzustellen. Er hat ein Mindestprogramm der Rechte ausgearbeitet, die eine Minderheit in jedem Lande in kulturpolitischer Hinsicht haben muß. Da nun deutsche Volksgenossen als Minderheiten in sehr vielen Staaten leben und oft in diesen Staaten bedrückt werden — man denke nur an Polen, an die Tschechoslowakei, — so hat Deutschland an dieser Arbeit des Völkerbundes das lebhafteste Interesse. Wenn wir also haben sich schon deutsche Minderheiten an den Völkerbund gewandt und manches Mal Recht bekommen. Aus allen diesen Gründen darf unsere Stellung zum Völkerbund nicht einfach ablehnend sein. Berärgerung ist in der Politik nie am Platze.

Deutschlands Forderungen an den Völkerbund.

Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet. — Beseitigung der französischen Schulen. — Freigabe der deutschen Einfuhr.

Die deutschen Beschwerden.

Genf, 2. Sept. Der Völkerbundsrat wird sich dieser Tage mit verschiedenen Noten der deutschen Regierung über Saargebietfragen zu befassen haben. An erster Stelle steht die Frage des französischen Militärs im Saargebiet. Hier verlangt die Reichsregierung unter Hinweis auf die jahrelangen, fast ganz ergebnislosen Diskussionen über diese Frage und die bisher nicht ausgeführten Beschlüsse des Rates die Bestimmung eines festen Termins in naher Zukunft für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet, und endgültige Errichtung der deutschen Gendarmerie. Eine andere wichtige Frage ist die der französischen Schulen im Saargebiet. Die Reichsregierung hat die schon vor 1 1/2 Jahren behandelte Frage erneut aufgegriffen und in einer eingehenden Note nachgewiesen, daß die französischen Schulen, die tatsächlich reine Propaganda-Anstalten darstellen, und nur dank der Unterstützung der Regierungskommission im Saargebiet zu ihrer gegenwärtigen Ausdehnung gelangen konnten, in Widerspruch zu dem Versailler Vertrag stehen. Endlich liegt eine Beschwerde der Reichsregierung gegen politische Maßnahmen der Regierungskommission vor. Während der Versailler Vertrag den deutschen Erzeugnissen bis zum 7. Januar 1925 vollstetige Einfuhr im Saargebiet zugesichert hat, hat die Regierungskommission die deutsche Einfuhr in das Saargebiet in strengen Grenzen kontingentiert und dadurch der Wirtschaft und insbesondere der Maschinenindustrie erheblichen Schaden zugefügt. Die Reichsregierung verlangt daß die Regierungskommission solche Methoden anwendet, die die vertraglichen Garantien nicht antasten.

Genf 2. Sept. Der Völkerbundsrat wird sich dieser Tage mit verschiedenen Noten der deutschen Regierung über Saargebietfragen zu befassen haben. An erster Stelle steht die Frage des französischen Militärs im Saargebiet. Hier verlangt die Reichsregierung unter Hinweis auf die jahrelangen, fast ganz ergebnislosen Diskussionen über diese Frage und die bisher nicht ausgeführten Beschlüsse des Rates die Bestimmung eines festen Termins in naher Zukunft für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet, und endgültige Errichtung der deutschen Gendarmerie. Eine andere wichtige Frage ist die der französischen Schulen im Saargebiet. Die Reichsregierung hat die schon vor 1 1/2 Jahren behandelte Frage erneut aufgegriffen und in einer eingehenden Note nachgewiesen, daß die französischen Schulen, die tatsächlich reine Propaganda-Anstalten darstellen, und nur dank der Unterstützung der Regierungskommission im Saargebiet zu ihrer gegenwärtigen Ausdehnung gelangen konnten, in Widerspruch zu dem Versailler Vertrag stehen. Endlich liegt eine Beschwerde der Reichsregierung gegen politische Maßnahmen der Regierungskommission vor. Während der Versailler Vertrag den deutschen Erzeugnissen bis zum 7. Januar 1925 vollstetige Einfuhr im Saargebiet zugesichert hat, hat die Regierungskommission die deutsche Einfuhr in das Saargebiet in strengen Grenzen kontingentiert und dadurch der Wirtschaft und insbesondere der Maschinenindustrie erheblichen Schaden zugefügt. Die Reichsregierung verlangt daß die Regierungskommission solche Methoden anwendet, die die vertraglichen Garantien nicht antasten.

Garantiepaß und Rüstungsverminderung am Donnerstag auf der Tagesordnung.

Genf 2. Sept. Die Sitzungen vom Donnerstag und Freitag werden die Debatten über den Garantiepaß und die Rüstungsverminderung bringen. Präsident Motta schlägt der Versammlung vor, diese beiden schwerwiegenden Fragen auf der diesmahligen Tagung gesondert zu verhandeln. Er begründete diesen Vorschlag damit, daß diese Fragen so weitreichend erst und verwickelt seien, daß ihnen eine besondere Debatte gewidmet werden müsse. Darauf wird die Generaldebatte über den Rüstungsvertrag ausgesetzt.

Paris und die Völkerbundversammlung.

Paris, 2. Sept. Die Probleme, die vom Völkerbund behandelt werden, lassen sich, wie die hiesigen politischen Kreise darstellten, in drei Teile gruppieren: 1. Abrüstungskontrolle in Deutschland; 2. Sicherungs- und gegenseitige Unterstützungsverträge; 3. Allgemeine Abrüstung. Die Stellungnahme, die hier in Paris zu den drei Fragen herrscht, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Für die Lösung der ersten Frage die militärische Kontrolle über Deutschland dem Völkerbund zu übertragen, ist man in Paris, wenigen optimistisch ist man in Paris über die Frage der gegenseitigen Unterstützungsverträge. Das von Genf ausgehende Projekt ist bekanntlich von einer Reihe der maß-

gebenden Nationen im voraus zurückgewiesen worden, so daß die französische Delegation selbst nach Ansicht der hiesigen Regierungskreise einen schweren Stand haben wird. Man hofft aber in Paris, daß man sich ebenfalls über ein Kompromißobjekt einigen könnte. Die größte Schwierigkeit dieser Frage liegt darin, daß die französische Delegation die dritte Frage nämlich die der allgemeinen Abrüstung der Regelung der gegenseitigen Unterstützung unterordnet, während England und Amerika entgegengesetzter Auffassung sind. Bezüglich der allgemeinen Abrüstung glauben Amerika und England, diese Frage müsse zuerst geregelt werden und sind der Meinung, daß dann die Regelung der Sicherheitsfrage gewiß sei. Frankreich will jedoch seine militärischen Rüstungen nicht aufgeben, bevor die gegenseitigen Unterstützungsverträge geregelt sind.

Macdonalds Abreise nach Genf.

London, 2. Sept. Macdonald hat in Begleitung seiner Sekretäre heute früh London verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Als einziges Regierungsmitglied war der Luftfahrtminister Lord Thomson auf dem Bahnhof zugegen. In einer kurzen Unterhaltung mit Vertretern der Presse erklärte Macdonald er bezweifle es, daß hinsichtlich seines Besuches bei der Völkerbundversammlung alle möglichen unbegründeten Spekulationen gemacht würden. Seine Anwesenheit in Genf sei ein Zeugnis seines Vertrauens, daß der Völkerbund ein gutes Werk verrichten könne. Er äußerte die Meinung, daß das Schiedsgerichtsverfahren besser als der Garantiepaß die Lösung aller internationalen Konflikte herbeiführen werde.

Genf 2. Sept. Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Dienstag abend 7.45 Uhr von Lyon kommend im Automobil in Genf eingetroffen. Vor dem Hotel des Bergues, wo er mit der gesamten französischen Delegation wohnt, wurde er von einer großen Menschenmenge erwartet, die ihm lebhafteste Sympathiegedingungen darbrachte. Macdonald trifft am Mittwoch 8.25 Uhr früh in Genf ein. Herriot bleibt bis zum Sonnabend in Genf.

Ein neues Abrüstungs- und Sicherheitsprojekt.

Paris, 1. Sept. Der „Paris Herald“ meldet daß der Amerikaner Hotwell der einen Plan über die Regelung des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems im Völkerbund unterbreitete sich gestern nachmittags mit Herriot, der bekanntlich in Lyon weilte, in Verbindung gesetzt haben. Nach einer längeren telefonischen Unterhaltung ist Hotwell sofort nach Lyon abgereisen, um mit dem französischen Ministerpräsidenten eine Besprechung abzuhalten, die, wie man annimmt, sich auf Einzelheiten des Planes bezieht. Hotwell soll übrigens auf Grund von Besprechungen mit Mitgliedern des Völkerbundes an dem amerikanischen Plan eine Reihe von Änderungen vorgenommen haben. Neben die Natur dieser Änderungen beweist man sich schweigen, doch sollen sie demnach der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.